

Zank um Datensammelwut

Daten auf Vorrat speichern oder nicht? Darum zanken sich Politiker aller Couleur, nicht erst seit gestern und nicht nur in Deutschland, auch auf EU-Ebene. Ausgestanden ist noch lange nichts. **Seite 2**



Gefoltert und erschlagen

Heute vor 32 Jahren wurde Kambodscha vom Pol-Pot-Terrorregime befreit. Besuch mit einem Überlebenden in einer der Folterstätten der »Roten Khmer«, die heute Gedenkstätten sind. **Seite 3**



LINKE in Harmonie und Zoff

Der Bundestagsabgeordnete Neskovic (rechts) nannte Brandenburgs Wirtschaftsminister Christoffers (beide LINKE) eine Fehlbesetzung. Es geht um Kohle und Streitkultur in Ost und West. **Seite 14**

Standpunkt

Weiter so

Von Claus Dümde

Tja, kämpferisch könnte man die Reden beim Dreikönigstreffen nennen. Denn wie Westerwelle wollen ja auch sein wahrscheinlicher Nachfolger Lindner und die Stuttgarter Lokalmatadoren an der »Macht« bleiben – wie man irreführend die Sicherung von Profitinteressen durch Politik nennt. Aber nie zuvor stand die Rolle, die dabei die FDP als Juniorpartner von CDU/CSU oder SPD Jahrzehnte in Bund und Ländern verlässlich spielte, so in Frage wie jetzt. Denn nur ein reichliches Jahr nach ihrem größten Publikumserfolg – 14,6 Prozent bei der Bundestagswahl – muss sie nun um den Einzug in sieben Landtage zittern. Vor allem wegen der Grünen.

Wer da Selbstkritik erwartete, kennt Westerwelle und die von ihm geprägte FDP nicht. Die machen nichts falsch, konnten nur noch nicht alle Wahlversprechen durchsetzen. Weil es nicht nur »rote Sozialdemokraten« gibt. Und so spielte man Staatstheater im Staatstheater: Freiheit statt Kommunismus. Denn SPD und Grüne seien ja zum Bündnis mit der LINKEN bereit. Da garantiere einzig die FDP eine bürgerliche Mehrheit.

Doch warum sollen all jene nochmals FDP wählen, die auf »mehr Netto vom Brutto« gehofft hatten? Westerwelle griff auf Mollmanns Parole von der »Partei für das ganze Volk« zurück, versprach Arbeits- und Ausbildungsplätze, Zukunftschancen. Lindner wurde da deutlicher, bekannte sich zu »legitimer Ungleichheit«. Weiter so...

Unten links

Die Wege zum Konsumismus können wir nur finden, wenn wir uns auf den Weg machen und sie ausprobieren. Ein Satz, den jeder unterschreiben kann. Auch Guido Westerwelle, der in seiner gestrigen Jahrhundertrede vom »deutschen Wirtschaftswunder« sprach. Damit das so bleibt, müssen wir alle ordentlich konsumieren. Und dafür gibt es bekanntlich verschiedene Wege. Ein durchaus Erfolg versprechender wäre der kollektive Konsum jener 13,45 Milliarden D-Mark, die laut Deutscher Bundesbank noch immer im Umlauf sind. Man muss sich nur an die Umlaufbahn stellen, die alten Kröten abfangen und tüchtig auf den Kopf hauen. Gutmenschen, denen das zu brutal ist, können natürlich auch zum Gutschein greifen, der gerade in der Nachweihnachtszeit eine Zweitwährung darstellt. Zwar sagte Jesus: »Niemand ist gut als Gott allein.« Aber er kannte noch nicht die FDP. Die will nämlich die Gültigkeit von Gutscheinen generell auf drei Jahre festlegen – länger als bei jedem Wahlversprechen. *ibo*

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Österreich Mo-Fr 1,60 EUR/Sa 2,00 EUR
Slowakei 1,70/2,10 EUR
Tschechien 61/71 CZK
Polen 6,60/9,50 PLN ISSN 0323-4940

FDP kann alles außer Selbstkritik

Dreikönigstreffen in Stuttgart mit viel Eigenlob und Attacken auf Grüne und LINKE

Von Claus Dümde

Kämpferische Rhetorik, aber inhaltliche Allgemeinplätze prägten die Rede von Guido Westerwelle beim traditionellen Jahresauftakt der FDP in Stuttgart. Der FDP-Chef und Bundesaußenminister ging weder auf den tiefen Absturz der Partei in der Wählergunst noch auf Rücktrittsforderungen an ihn ein. Generalsekretär Christian Lindner attackierte vor allem die Grünen und bekannte sich zu sozialer Ungleichheit ohne Begrenzung nach oben.

»Zukunft braucht Entschlossenheit« lautete die wolkige Parole an der Bühne des Staatstheaters, in dem auch gestern die alljährliche Kundgebung zum Abschluss des Dreikönigstreffens stattfand. Entschlossenheit der versammelten Spitzenpolitiker der FDP in Bund und Ländern, wo immer möglich an der Seite der Union weiter zu regieren, war denn auch die einzige Gewissheit, die die fünf Redner ihren Zuhörern ließen. Und dass man vor den sieben Landtagswahlen dieses Jahres vor allem die Grünen attackieren will.

Nachdem Birgit Homburger, Fraktionsvorsitzende im Bundestag und baden-württembergische Landesvorsitzende, den Konkurrenten um liberale Wähler der bürgerlichen Mitte vorgeworfen hatte, sich mit dem Protest gegen Stuttgart 21 der Zukunft zu verweigern, schlug FDP-Generalsekretär Christian Lindner die ganz schrillen Töne an: Die Grünen seien »das trojanische Pferd der deutschen Politik«, »keine Liberalen, nicht mal eine bürgerliche Partei«. Die FDP müsse daher die Grünen in diesem Jahr »stellen«. Westerwelle machte in seiner theatralischen Darstellung einer »unentbehrlichen« FDP gleich noch eine historische Mission für seine Partei aus: Nur sie setze sich hierzulande eindeutig für die Freiheit ein. »Gekämpft werden muss, weil Deutschland nicht Links überlassen werden darf.«

Was dann passiere, malten Homburger wie Lindner in den schrecklichsten Farben: »Abkassieren, umverteilen, alle Risiken vermeiden«, schwälbelte die zunehmend umstrittene Fraktions-



Guido Westerwelle: Weiß er etwa die Richtung aus dem Umfragetief?

Foto: dpa/Bernd Weißbrod

chefin. Und in Hochdeutsch versuchte der als ihr potenzieller Nachfolger gehandelte Generalsekretär schwäbischen Facharbeitern Angst zu machen: Dann müssten sie schon vor den letzten Stufen der Metalltarife den Satz der heutigen »Reichensteuer« zahlen. »Die Liberalen geben der Freiheit Vorrang vor der Gleichheit«, sagte Lindner unumwunden. Gleichheit gelte nur vor dem Gesetz. Er sprach von »legitimer Ungleichheit«, von »Freiheit der Hoffnung«, dass »Anstrengungen und Fleiß den Unterschied« beim Einkommen machen, für den es keine Begrenzung in der Höhe geben dürfe.

Begeisterter, lang anhaltender Applaus im Opernsaal dankte dem aussichtsreichsten Kandidaten als

nächster Parteichef für dieses Bekenntnis, während der Saal auffallend ruhig blieb, als Westerwelle langatmig Begründungen für die aufgewärmte These auflistete, die FDP sei eine »Partei für das ganze Volk«. Er griff weit in die Geschichte zurück, als die offizielle Statistik fünf Millionen Arbeitslose, »Nullwachstum« oder gar fast fünf Prozent Rezession auswies. »Es geht Deutschland heute besser als vor der Bundestagswahl«, behauptete er. Die Zahl der Arbeitsplätze sei auf Rekordniveau, die Renten könnten »wieder steigen«, junge Deutsche hätten »wieder Aufstiegschancen«.

Homburger hatte zum Auftakt der Kundgebung noch eingeräumt, Schwarz-Gelb habe im ersten Jahr

»natürlich« auch Fehler gemacht, doch hinzugefügt: »Wir haben aber auch Tritt gefasst.« Westerwelle tönte hingegen: »Es geht Deutschland gut, seitdem wir regieren, das haben wir geschafft – und ich spreche das aus!« Kein Wort der Selbstkritik, nur seine Forderung nach Geduld: »Natürlich kann man elf Jahre, die falsch gelaufen sind, nicht in einem Jahr erfolgreich vergessen. Aber wir haben den Anfang des Politikwechsels gemacht.«

Sprecher von Grünen und SPD kritisierten die Rede Westerwelles als »Flop« und Rückgriff auf die »Mottenkiste« der Klassenkampf-Rhetorik. Er bleibe ein Vorsitzender auf Abruf, der sich »ans Steuererrad klammert«, aber »nicht mehr den Kurs bestimmen« könne.

Nächste Runde im Hartz-Poker

Schwesig: Einigung bei Vermittlung nicht in Sicht

Berlin (Agenturen/ND). Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) hat SPD, LINKE und Grüne im Tauziehen um die Hartz-IV-Reform zum Kompromiss aufgegriffen. »Union und FDP haben bereits Entgegenkommen signalisiert, aber Verhandlungen sind keine Einbahnstraße, sondern zum Ergebnis gehören zwei Seiten, die sich auf neue Lösungswege einlassen«, sagte die Ministerin am Donnerstag. Sie gehe davon aus, dass es in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe, die heute erneut über das Reformvorhaben berät, ernsthafte, ins Detail gehende Verhandlungen geben werde. Die von der Bundesregierung geplante Neuregelung hatte Mitte Dezember im Bundestag keine Mehrheit gefunden.

Die SPD-Verhandlungsführerin, Manuela Schwesig, sieht wenig Chancen, an diesem Wochenende zu einem Kompromiss zu kommen. Die stellvertretende SPD-Vorsitzende sagte, Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) »taktiert und blockiert«. Echte Zugeständnisse von Seiten der Koalition gebe es bisher nicht, kritisierte Schwesig. Die SPD-Politikerin nannte ihrerseits keine Mindestforderung: »Den einen Knackpunkt gibt es nicht. Uns geht es um drei Punkte, die wir als Gesamtpaket verstehen: Bildungszugang für alle Kinder, ein nachvollziehbarer und transparenter Regelsatz und ein gesetzlicher Mindestlohn«, sagte sie. Schwesig forderte erneut einen flächendeckenden Einsatz von Schulsozialarbeitern.

Erstmals wird auch die Linkspartei an den Verhandlungen teilnehmen. Sie war bisher in der Arbeitsgruppe des Vermittlungsausschusses nicht vertreten. Die parlamentarische Geschäftsführerin der Linksfraktion, Dagmar Enkelmann, forderte einen Regelsatz von mindestens 420 Euro im Monat. Gregor Gysi, Fraktionschef der LINKEN im Bundestag, führte die Beteiligung seiner Partei auf einen Eilantrag seiner Fraktion beim Bundesverfassungsgericht zurück.

Seiten 4 und 5

ANZEIGE

Gute Kitas für unsere Kinder!

Kostenfreie Kitajahre – Mehr Personal – Längere Betreuungszeiten

Ab Januar 2011 gilt:

Kitagebühren abgeschafft!

Ab sofort müssen die Eltern für den Kitabesuch ihrer Kinder in den drei Jahren vor der Einschulung kein Geld mehr zahlen. Wir entlasten die Eltern finanziell und verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Mehr Erzieherinnen und Erzieher!

Unsere Kitas erhalten mehr Personal. Eine Erzieherin oder ein Erzieher muss jetzt im Durchschnitt nur noch 8 Kinder betreuen. Hat eine Kita mehr als 140 Kinder, bekommt sie außerdem eine Leitung, die sich ausschließlich um die Organisation kümmern kann.

Ein Recht auf längere Betreuung!

7 Stunden tägliche Betreuungszeit in der Kita. Darauf haben jetzt alle Eltern für ihre Kinder in den beiden letzten Jahren vor der Einschulung einen Rechtsanspruch. Für Kinder, die in ihrer sprachlichen Entwicklung gefördert werden müssen, gilt dies bereits ab dem 2. Lebensjahr.

Verantwortung für unsere Kinder – Verantwortung für unsere Stadt

Fraktion
Berlin SPD